Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 54 (1998)
Heft: 4

Artikel: An Steuern hängt, zu steuern drängt doch alles
Autor: Larcher, Marie-Therese
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844497

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AN STEUERN HÄNGT, ZU STEUERN DRÄNGT DOCH ALLES

EIN KOMMENTAR VON MARIE-THERESE LARCHER

Wir leben in einer Zeit, in der die Politik schwergewichtig von Finanzen diktiert wird. Politisch machbar ist anscheinend nur noch, was (ohne neue steuerliche Belastung) finanzierbar ist. Die Frage, ob etwas für die Gemeinschaft nötig ist, stellt sich erst in zweiter Linie. Ergebnis ist ein Beharren auf alten Regeln bei gleichzeitigem Wachsen des Schuldenberges der öffentlichen Hand. Seit einigen Jahren ertönt darum weltweit der Ruf nach einer ökologischen Steuerreform.

Am 20. Oktober forderte die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) an ihrer Jahrestagung unter dem Motto „Gemeinsam gewinnen - Gemeinsam umsetzen" die baldige Verwirklichung der ökologischen Steuerreform.

BUNDESRÄTLICHES NACHDENKEN

Eine ökologische Steuerreform soll den Weg für die nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft ebnen. In diesem Punkt sind sich alle einig, selbst der Bundesrat erklärte vor einem Jahr in einem Strategiepapier, er wolle 2001 über diese Steuerreform „nachdenken". Nun macht das Volk Druck und der Bundesrat überlegt früher als geplant. Es stehen die verschiedensten Projekte an: Das Parlament berät das CO2-Reduktionsgesetz. Falls die CO2-Reduktionsziele freiwillig nicht erreicht werden, soll frühestens 2004 eine Abgabe auf Heizöl und Benzin jährlich maximal 3 Milliarden Franken bringen.

VOLKSINITIATIVEN U.A.M.

Voraussichtlich 1999 stimmen wir über zwei Volksinitiativen ab: Die Energie-Umweltinitiative und die Solarinitiative, nach der die Abgabe auf nicht-erneuerbaren Energien zur Förderung rationeller Energieverwendung und Nutzung der Sonnenener-

gie eingesetzt werden soll.

Nationalrat Marc Suter (FDP) legte einen Energieabgabebeschluss vor, der gemäss Nationalrat sofort einzuführen wäre, während der Ständrat den langsameren Weg über einen Verfassungsartikel wünscht. Die Beratung der Initiative „Energie statt Arbeit besteuern" steht voraussichtlich 1999 ebenfalls auf dem Programm des Parlamentes. Der Bundesrat lehnt sie ab, denn er will seine eigene Steuerreform vorschlagen, die bis 2002 als Botschaft an die Stimmbürgerschaft gediehen sein soll. Bei diesem Gang durch den Urwald der ökologischen Steuerreformmodelle ist das Parlament wahrlich nicht zu beneiden.

DREIFACHE DIVIDENDE?

Die ökologische Steuerreform soll sich dreifach lohnen: Erste Dividende ist die Schonung der Umwelt, indem der Verbrauch der Natur und die Umweltbelastung - sie verursachen versteckte Kosten - mit Abgaben bestraft wird. Die zweite Dividende ist eine (nicht allzu grosse) Wirkung gegen die Arbeitslosigkeit, weil ein Teil der Erträge aus den Umweltabgaben zur Senkung der Lohnnebenkosten vorgesehen ist. Als dritte Dividende wird die Schaffung neuer Märkte bezeichnet. Werden Anreize zu effinzienteren Energienutzung und Entwicklung von Alternativ-Energien gefördert, bedeutet dies für Gewerbe und Export einen Vorteil.

GROSSES ODER BESCHEIDENES ECHO?

Spitzenleute wie z.B. in der Konzernleitung der Sulzer AG in Winterthur oder im Baumeisterverband unterstützen die ökologischen Steuerreform, doch dies genügt nicht, denn der Ueberblick ist schwierig. Es besteht die Gefahr, dass zahlreiche Personen oder Gruppen nur danach fragen, ob sie selber aus dem Milliadentopf der Lenkungsabgaben genug erhalten und alles daran setzen, dass sie möglichst wenig vom altgewohnten Weg abweichen müssen. Deshalb lancierte die SGU an ihrer Jahresversammlung eine Konvention, damit sich Privatpersonen, kleinere und grössere Unternehmen mit ihrer Unterschrift verpflichten, sich den Zielen der ökologischen Steuerreform anzuschliessen.

DER KONVENTIONSTEXT IST ERHÄLTLICH BEI:SGU, POSTFACH, 8032 ZÜRICH